

newsletter*

ANGELIKA GLÖCKNER, MdB

Newsletter-Nr. 07/2018

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute stelle ich Ihnen eine weitere Ausgabe meines Newsletters vor. Ich möchte Ihnen damit aufzeigen, welche Positionen ich vertrete und vor allem warum ich sie vertrete.

Abschließen möchte ich diese Ausgabe mit ein paar aktuellen Ereignissen und Entwicklungen im Deutschen Bundestag und meinem Wahlkreis.

Ich werbe ausdrücklich für die Bedeutung der Sozialdemokratie, für die Zukunft unseres Landes und ganz Europa. Wir sind die einzige Partei im Bundestag, die tatsächlich etwas dafür tut, damit das Leben der Menschen Stück um Stück verbessert wird und damit soziale Standards erhalten bleiben. Wir belassen es nicht bei Sprechblasen ohne Inhalt noch kritisieren wir nur aus der zweiten Reihe wie die Opposition ohne Alternativen aufzuzeigen.

Wir packen an!

Konkrete Beispiele will ich hier benennen.

Viel Spaß beim Lesen.

Ihre



Angelika Glöckner



ANGELIKA GLÖCKNER

Wahlkreisbüro
Alleestr. 60
66953 Pirmasens
Tel: 06331-7193259
Fax: 06331-7190379

Berliner Büro
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-227-77432
Fax: 030-227-76444

 [Facebook](#)

 [Website](#)

Inhaltsverzeichnis:

1. Haushaltsdebatte: Schwarze Null – Soziale Investitionen – Höhere Verteidigungsausgaben
 2. Die Jugend will Europa: EU-Projekttag an Schulen
 3. Aus dem Wahlkreis: Ab propos Straßenausbau
 4. Aktuelles: Die Pendlerpauschale nicht in Frage stellen
 5. Oppositionsschau: FDP-Antrag für „gute Arbeitszeiten“ erfolgreich abgewehrt
-

1. Haushaltsdebatte:

Schwarze Null – Soziale Investitionen – Höhere Verteidigungsausgaben



Auf dem Nato-Gipfel in Brüssel hat der amerikanische Präsident einmal mehr betont, dass er von den Bündnispartnern höhere militärische Ausgaben fordert. Nach dieser Forderung verstärken sich im Unionslager, allen voran von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Rufe nach höheren Verteidigungsausgaben.

Aber was genau bedeutet es, wenn sich die Verteidigungsausgaben erhöhen?

Im Jahr 2018 haben wir Überschüsse in Höhe von 56 Milliarden Euro zur Verfügung, die in den Bau von Straßen, Schulen, Kitas und sozialen Programmen wie Renten, Pflege und Arbeitsmarkt fließen.

Um die von Donald Trump geforderten 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufzuwenden, bedarf es ca. 70 Milliarden Euro Steuergelder. Zurzeit geben wir für die Verteidigung 40 Milliarden aus. Das heißt wir müssten weitere 30 Milliarden Euro mehr ausgeben.

Diese 30 Milliarden Euro würden dann bei Investitionen in den Bau von Straßen, Schulen, Kitas sowie soziale Programme – wie Pflege, Rente und Unterstützung für Erwerbslose fehlen.

Ein weiterer Weg, um diese Mehrausgaben zu ermöglichen ist die Aufnahme von neuen Schulden. Gerade das lehnen aber CDU und CSU vehement ab und bestehen weiterhin auf die „Schwarze Null“.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die Forderungen von CDU/CSU nach Erhöhung des Verteidigungsbudgets, bei gleichzeitiger Einhaltung der „Schwarzen Null“, nur mit drastischen Einsparungen bei Sozialausgaben sowie Investitionen in Straßen, Pflege und Bildung möglich sind.

Wir als Sozialdemokraten stellen uns deshalb der Forderung nach den 2 % entgegen. Für uns stehen die Investitionen in unsere Kinder, die Hilfe unserer Pflegebedürftigen und die Unterstützung von Arbeitslosen klar im Vordergrund, und haben einen höheren Stellenwert als Militärausgaben.

Klar für uns ist aber auch: „Ja!“ zur Sicherheit und Ausstattung für unsere Soldaten, aber „Nein!“ zur Ausweitung von militärischen Aktionen.

2. Die Jugend will Europa

EU-Projekttag an Schulen:

Neben meiner neuen Ausschussmitgliedschaft bin ich weiterhin ordentliches Mitglied im Europaausschuss. Ich habe mich ganz bewusst, trotz der Doppelbelastung durch zwei Ausschüsse, dafür entschieden im Europaausschuss zu verbleiben, um mich auch weiterhin für ein starkes und geschlossenes Europa einzusetzen.

Die fast täglichen Debatten über Grenzsicherungen, Zurückweisung von Migranten oder dem Ausstieg aus der Europäischen Union führen mir vor Augen wie wichtig es, in Zeiten von wachsendem Populismus, geschlossen zusammenzuarbeiten und nicht aufgrund kurzfristiger Erfolge ein Friedensprojekt wie die Europäische Union leichtfertig aufzugeben.

Wohlstand, Sicherheit und Freiheit kann es in Europa nur mit einer funktionierenden EU geben, die Rechte durchsetzt und Verstöße ahndet.

Wie jedes Jahr habe ich die letzten Wochen vor den Schulferien genutzt, um mit vielen jungen Menschen darüber zu sprechen. Die einhellige Botschaft: „Wir wollen ein gemeinsames Europa ohne Grenzen und Schlagbäume“.

Das ist die Botschaft an die ich gerade in den letzten Wochen gedacht habe, als der Bundesinnenminister davon sprach wieder Grenzkontrollen durchzuführen um Flüchtlinge (max. fünf pro Tag!) an den Grenzen zurückzuweisen.

Als Mitglied im Europaausschuss werde ich mich weiter einsetzen für ein Europa ohne Grenzen, ein Raum in dem auch zukünftige Generationen frei und friedlich miteinander leben können.



3. Aus dem Wahlkreis:

Apropos Straßenausbau:

Infrastruktur, gut ausgebaute Wege, Straßen und Bahngleise sind für alle Menschen wichtig. Viele Berufstätige müssen jeden Tag viele Kilometer zu ihrer Arbeit pendeln. Um Zeit und Geld zu sparen bedarf es gut ausgebauter Verkehrswege und eines reibungslosen Ablaufs. Ein

Nadelöhr, das in meinem Wahlkreis immer noch nicht vollständig gelöst ist, ist der durchgängig vierspurige Ausbau der Bundesstraße 10. Die Strecke zwischen Pirmasens und Landau verfügt nicht über einen Autobahnanschluss, weswegen nicht nur viele Pendler, sondern auch viele LKWs die Bundesstraße jeden Tag befahren. Durch einen kompletten vierspurigen Ausbau wären Überholvorgänge durchgängig möglich, was nicht nur eine Zeitersparnis bringen, sondern auch das Unfallrisiko enorm vermindern würde.

Der Ausbau der B 10 wird unterteilt in mehrere Abschnitte, wobei der Abschnitt zwischen Pirmasens und Hinterweidenthal bereits vierspurig ausgebaut und fast vollständig abgeschlossen ist. Der nächste Abschnitt Richtung Landau ist Hinterweidenthal, über Frauenstein bis nach Hauenstein. In diesem Abschnitt gibt es bisher nur Überholspuren. Eine Schwierigkeit an diesem Abschnitt ist die sogenannte Felsnase. Ein Felsmassiv, welches vor Hauenstein direkt an die B 10 ragt. In diesem Bereich ist die B 10 nur zweispurig und auf der anderen Seite durch die Bahngleise begrenzt.



Zusammen mit dem Leiter des Landesbetrieb Mobilität (LBM), Herrn Lutz, der maßgeblich für den Ausbau der Bundesstraße verantwortlich ist sowie weiteren kommunalen Vertretern habe ich mir im Mai den Abschnitt Hinterweidenthal-Hauenstein rund um die Felsnase angeschaut. Hierzu gibt es drei mögliche Ausbauvarianten. Variante I, Bestandstrasse, wäre ein Bestandsausbau der derzeitigen Fahrbahn. Variante II sähe eine Umgehung des Frauensteins vor und wird als sogenannte Bündelungstrasse bezeichnet. Die Variante III,

Südtrasse, würde ein stärkeres Eintauchen in den südlichen Teil des Waldes und eine Bündelung an der Felsnase vorsehen.

Bei derartigen Maßnahmen muss immer zwischen Dauer, Kosten und Machbarkeit sowie Eingriffen in die Natur und die Umwelt berücksichtigt werden. Da der Ausbau der B 10 für alle Menschen aus der Region von Bedeutung ist, war es für mich wichtig, ohne Verzögerungen in den nächsten Abschnitt der Planung zu gehen. Hierzu müssen die kommunalen Vertreter eingebunden und auch deren Ziele und Wünsche berücksichtigt werden. Herr Lutz vom LBM hat uns versichert, dass sich die Landesregierung noch in diesem Sommer auf eine Variante festlegen wird.

Fazit: Es tut sich was, der Straßenausbau an der B10 geht stetig voran.

Ich werde auch weiterhin alles dafür tun, den Ausbau der B 10 voranzutreiben, um für die Menschen eine Erleichterung zu schaffen.

4. Aktuelles:

Die Pendlerpauschale nicht in Frage stellen

Beim Thema Pendeln fällt auf, das Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, die Streichung die Pendlerpauschale gefordert hat, nach dem Motto „Leute sollen dort arbeiten wo sie arbeiten“.

Für unsere Region wäre das fatal. Viele Pendler wollen ganz bewusst hier bleiben. Für eine Region wie die Südwestpfalz ist die Pendlerpauschale überlebenswichtig und ein wichtiger Ausgleich für verlorene (Lebens)Zeit und höhere Aufwendungen durch Fahrkosten.

Fazit: Ein weiterer unkalkulierbarer und sinnloser Vorschlag einer AfD-Vertreterin, der niemandem nützt, und erst recht nicht hilft.

5. Oppositionsschau:

FDP-Antrag für „gute Arbeitszeiten“ erfolgreich abgewehrt:

Die FDP hat im Bundestag einen Antrag eingebracht, der die höchst zulässige Arbeitszeit von täglich zehn Stunden ausdehnen soll.

Unter der Bezeichnung „mehr Flexibilisierung“ wirbt die Partei dafür die bisherige tägliche Arbeitszeit von maximal zehn Stunden abzuschaffen und gänzlich zu streichen. Nach dem Willen der FDP solle es keine Rolle spielen, wie lange Beschäftigte täglich arbeiten. Es komme nur noch darauf an, dass am Ende der Woche die höchst zulässige Wochenarbeitszeit von zeitweilig maximal sechzig Stunden nicht überschritten werde. Dies sei zeitgemäß und bilde den Willen der modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab.

Nach einer öffentlichen Anhörung haben wir diesen Antrag mit der Regierungsmehrheit von CDU/CSU und SPD zurückgewiesen. Der zeitlichen Ausbeutung der Beschäftigten wäre mit einer solchen Regelung Tür und Tor geöffnet. Gut, dass wir davon auch unseren Koalitionspartner überzeugen konnten und noch besser, dass die FDP nicht Teil dieser Regierung wurde. Das Negativbeispiel erleben gerade die österreichischen Nachbarn, wo die ÖVP und die FPÖ sich mit einem ähnlichen Antrag durchgesetzt haben.

Möchten Sie noch mehr Informationen über meine Arbeit im Wahlkreis und im Deutschen Bundestag?

